

D1 Gemeinsam gegen den Hass (Dringlichkeitsantrag)

Antragsteller*in: Andreas Katz (KV Ludwigslust-Parchim)

Tagesordnungspunkt: 4. Freiheit! Aber sicher.

Antragstext

1 **Zu den Morden und dem Attentat auf die Synagoge** 2 **in Halle**

3 Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern sind zutiefst erschüttert über
4 den Mord an zwei Menschen und den versuchten Anschlag, der sich gegen die
5 Angehörigen der jüdischen Gemeinde in Halle richtete. Nur eine stabile Tür und
6 die Unfähigkeit des Attentäters haben ein Massaker unter den zahlreichen
7 Menschen verhindert, die zusammengekommen waren, um den höchsten jüdischen
8 Feiertag, Jom Kippur, das Versöhnungsfest, zu begehen. Das ist ungeheuerlich.
9 Wir stehen in gemeinsamer Trauer und Solidarität mit den Angehörigen der
10 Mordopfer und mit der angegriffenen Gemeinde, und wir teilen die Erschütterung
11 und Wut aller gerechten Menschen, dass dies in Deutschland möglich war und
12 geschehen ist.

13 Diese Tat muss Folgen haben, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Wir begrüßen, dass
14 nun endlich Bewegung in die lange beschlossene Bestellung eines oder einer
15 Antisemitismus-Beauftragten kommt und dass auch der Innenminister auf die Tat
16 mit einer besseren Sicherung jüdischer Einrichtungen und anderen Maßnahmen
17 reagiert. Dass jüdisches Leben in Deutschland noch immer nicht frei von
18 Bedrohungen möglich ist und antisemitische Straftaten sogar zunehmen, darf
19 niemals hingenommen werden, so wenig wie die Bedrohung irgendeines Menschen
20 aufgrund von Religion, Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder anderer
21 Gruppenmerkmale, die den Rechtsextremisten verhasst sind. Auch wer sich für
22 Flüchtlinge und gegen rassistische Ausgrenzung einsetzt oder die rechtsextreme
23 Bedrohung beim Namen nennt, muss mit Beschimpfungen und Bedrohungen bis hin zu
24 Morddrohungen rechnen. Gewalt und Hass in der virtuellen Welt sind auch real,
25 virtuelle und reale Welt verschränken und bestärken sich gegenseitig auch in
26 Hass und Zerstörung. Worte und Bilder des Hasses werden früher oder später zu
27 Taten. Wer Hass sät, wo auch immer, wird zum Mittäter.

28 Aus unserer Sicht haben die Sicherheitsbehörden in Land und Bund den Gefahren
29 des gewaltbereiten Rechtsextremismus lange zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.
30 Dass der ungeheuren Verrohung der Sprache in rechtsextremen Zusammenhängen auch
31 Taten folgen und Neonazis, Reichsbürger und andere gewaltbereite Organisationen
32 zunehmend das Internet nutzen, um sich zu vernetzen und Menschen aufzuhetzen,
33 wurde lange Zeit unterschätzt und verharmlost. Volksverhetzung und Gewaltaufrufe
34 im Netz und in der realen Öffentlichkeit müssen konsequent verfolgt und zur
35 Anzeige gebracht werden.

36 Es ist aus unserer Sicht leicht zu erkennen, dass die Verrohung des
37 gesellschaftlichen Klimas mit dem Aufstieg der AfD Hand in Hand geht. Die AfD
38 wird zunehmend zum Sammelbecken aller möglichen rechtspopulistischen und
39 rechtsextremen Strömungen. Hass und Hetze im Netz werden auf ihren Seiten nicht
40 nur hingenommen, sondern aktiv verbreitet. Die AfD duldet immer wieder
41 Rechtsextremisten in ihren Reihen und in Spitzenpositionen. Parteiausschlüsse

42 werden pro forma ausgesprochen, aber real ignoriert. So ist der ausgeschlossene
43 frühere Landesvorsitzende Dennis Augustin dennoch AfD-Fraktionsvorsitzender im
44 Kreistag Ludwigslust-Parchim. Landtagsabgeordnete wie Enrico Komning oder Ralph
45 Weber propagieren offen die Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung und
46 treten unbefangen mit PEGIDA-Vertretern als Verbündeten auf. Ihre Sprache ist
47 ausgrenzend, oft hasserfüllt und menschenverachtend. Sie schüren aus politischem
48 Kalkül Angst und Verachtung. Sie propagieren „Mut zur Wahrheit“ und doch ist
49 ihnen keine Lüge zu schade, um Menschen gegen Menschen aufzuwiegeln. Sie
50 wiederbeleben die Sprache des dritten Reiches und die faschistische Ideologie
51 der Ungleichheit. Sie schaffen damit eine Atmosphäre, in der sich Menschen zu
52 Hassposts und Morddrohungen und am Ende zur Tat ermutigt fühlen. Eine
53 Zusammenarbeit von Demokraten mit dieser Partei darf es auf keiner politischen
54 Ebene geben.

55 Die Mehrheit der Anständigen muss sich der Gefahr des zunehmenden Antisemitismus
56 und anderer Formen von Hass und Menschenfeindlichkeit für den Zusammenhalt der
57 Gesellschaft bewusst werden und sich wirksam zur Wehr setzen. Wir stehen umso
58 entschiedener ein für eine Stadt, ein Land, eine Welt, in der Verschiedenheit
59 des Glaubens, der Kultur, der Sprache, der Sexualität, der Hautfarbe nicht Hass,
60 sondern Respekt und Neugier bewirken, in der Zusammenhalt durch Zusammensein und
61 Aufnehmen entsteht und nicht durch Abgrenzung und Fernhalten, und in der niemand
62 Andere aufgrund ihrer Verschiedenheit zu Schuldigen seines Unfriedens machen
63 kann. Dass wir in unserem Umfeld, in der Familie, in Schule und Ausbildung, im
64 Job, in Medien und sozialen Netzen und nicht zuletzt in politischen Statements
65 und Entscheidungen daran mitwirken, ist eine ständige Aufgabe aller Demokraten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Carmen Lange (KV Ludwigslust-Parchim); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Claudia Schulz (KV Rostock); Sebastian van Schie (KV Vorpommern-Rügen)